

# Pressespiegel

Datum: 23.05.2021

Rheinpfalz

Mannheimer Morgen

Wochenblatt

Kirchenbote

.....

## Land soll einen Behandlungsfonds gründen

Clearing-Stellen fordern Rheinland-Pfalz zu Unterstützung für Menschen ohne Krankenversicherung auf

**Ludwigshafen.** Die Ökumenische Fördergemeinschaft (ÖFG) Ludwigshafen hat im Januar in Ludwigshafen und Worms Beratungsstellen eröffnet, die Menschen ohne Krankenversicherung helfen sollen, sich in gesetzlicher oder privater Krankenversicherung abzuschließen. Das teilte Walter Münzenberger, Vorsitzender der Fördergemeinschaft, in einer Videopressekonferenz mit.

In Ludwigshafen sei die neue sogenannte Clearing-Stelle beim Projekt „Street docs“ in der Dessauer Straße 43 im Hemshof angesiedelt. Seit Beginn des Hilfsprojekts seien dort rund 4000 Menschen ärztlich behandelt worden, davon etwa 60 Prozent ohne Krankenversicherung. Sie hätten dazu etwas Beratung erhalten. „Unsere Personalkapazitäten haben aber einfach nicht ausgereicht“, erklärte Münzenberger. Seit September 2019 finanziere das Land Rheinland-Pfalz eine Clearing-Stelle in Mainz. Dank der Erhöhung der Landes-

förderung könne die Beratungsarbeit jetzt auf Ludwigshafen und Worms ausgeweitet werden. Es gebe nun eine halbe Stelle gemeinsam für Ludwigshafen und den „Gesundheitsladen“ in Worms.

Die Problemlagen der Hilfesuchenden seien sehr unterschiedlich, weiß Nina Christahl, die in Ludwigshafen berät. Sie berichtet von älteren Menschen, die mit der Bürokratie überfordert und der digitalen Welt abgeschnitten seien, von ausländischen Studenten ohne gute Zusatzversicherung und Eltern, deren Kinder aus der Krankenversicherung herausfallen. Die Corona-Krise habe nun gezeigt, wie lückenhaft das System der Deutschen Krankenversicherung sei. Sie kenne Soloselbstständige, die durch die Lockdowns ihr Einkommen verloren hätten und die Beiträge für ihre Krankenversicherung nicht mehr zahlen konnten. Um wieder normale Leistungen zu erhalten, müssten sie den Versicherern die fehlenden Monats-

beiträge nachzahlen. Für viele Betroffene ohne Job sei das kaum möglich, ist die Erfahrung der Beraterinnen und Berater in den drei Clearing-Stellen. Sie fordern, dass das Land Rheinland-Pfalz einen Behandlungsfonds gründen solle, der eine medizinische Versorgung in solchen Härtefällen ermöglicht.

„Für Rheinland-Pfalz rechnen wir mit rund 20 000 Menschen ohne Krankenversicherung“, so Nele Kleinehanding und Johannes Lauxen von der Clearing-Stelle Mainz. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts leben in Deutschland rund 69 000 Personen ohne Krankenversicherung, doch die Dunkelziffer liegt weit höher. Die Arbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe geht zusätzlich von 80 000 Obdachlosen ohne Versicherung aus. Unbekannt ist die Zahl der hier lebenden Flüchtlinge und Einwanderer ohne geregelten Aufenthaltsstatus und Krankenversicherung, geschätzt wird sie auf bis zu 500 000. red

Evangelische Kinder SoLe Ausgabe 27